

HORST DIETZEL

Berliner Einerlei?

Programmatische Positionen von SPD, PDS und Bündnis90/Die Grünen

Das Herangehen an eine neue Parteiprogrammatik ist bei den drei Parteien höchst unterschiedlich. Bündnis90/Die Grünen formulieren ihre eigentlich programmatischen Aussagen in der Präambel (10 Seiten). Die »restlichen« 80 Seiten gehen stark ins Detail. Die Grünen wollen über »Schlüsselprojekte« die Gesellschaft verändern. Die PDS strebt eine andere Gesellschaft über die grundlegende Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse (als Transformationsprojekt verstanden) an. Im Vordergrund des PDS-Entwurfs steht eine historische Herleitung, Beschreibung und Bewertung allgemeiner gesellschaftlicher Zusammenhänge und ihre Entwicklungen – weniger politische Detailaussagen. Bei der SPD lässt sich zur Anlage des zukünftigen Programms noch nichts sagen.

Inhaltlich ist das beschlossene Programm der Grünen weitgehend »regierungskonform« und deshalb auch nicht zugespitzt formuliert. Dennoch wurden auf der Bundesdelegiertenkonferenz eine Reihe von Veränderungen beschlossen, die zwar den Gesamtcharakter und die Gesamtlinie nicht ändern, dennoch aber wichtige (nach links tendierende) Akzente setzen.

Bei der SPD ist nach dem jetzigen Zwischenstand abzusehen, dass das neue Programm nicht eine Fortschreibung der Schröderschen »Neuen Mitte« (oder des Schröder-Blair Papiers) sein wird. Die Richtung wird ausgewogen sein und es wird versucht werden, verschiedene Flügel der Partei einzubinden.

Der PDS-Programmentwurf zeigt jetzt schon alle Merkmale eines Kompromisspapiers verschiedener Parteiflügel. Hier wird die Auseinandersetzung darum gehen, ob die Elemente des linken Traditionalismus und Fundamentalismus sich verstärken oder ein an der Realität und Politik orientiertes Herangehen deutlicher herausgearbeitet wird. Im vorliegenden PDS-Entwurf überwiegt durchgängig die Kapitalismuskritik. Das trifft nicht nur auf die allge-

meinen Teile der Einschätzung der Welt, sondern auch auf die einzelnen Politikfelder zu. In dieser Weise ist der PDS-Entwurf stark links-traditionalistisch.

Während es beim allgemeinen Herangehen und beim Gesellschaftsverständnis zwischen den Parteien die deutlichsten Unterschiede und Gegensätze gibt, sind sie auf einzelnen Politikfeldern nicht so stark ausgeprägt. Generell kann man sagen, dass die größten Differenzen zwischen SPD und Grünen auf der einen und der PDS auf der anderen Seite bestehen. Das zeigt sich nicht nur in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, die wir hier nicht untersucht haben, sondern auch bei den Themen Arbeitsgesellschaft, Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und Sozialstaat. In den Bereichen Ökologie, Umweltschutz, Demokratie/Zivilgesellschaft und Staat sowie Bildung und Wissenschaft liegen die Parteien am nächsten beieinander. (Wir reden hier nicht über Politik, sondern über Programmatik!) In der Frage einer anderen Lebensweise liegen PDS und Grüne programmatisch relativ nahe beieinander, während die SPD als große Volkspartei natürlich auch auf die Wohlstandssicherung als Ziel achten muss.

Berlin, Juni 2002

Seit geraumer Zeit wird in der SPD, der PDS und bei Bündnis90/Die Grünen um neue Grundsatzprogramme debattiert. Die Grünen haben mit der Verabschiedung ihres Programms auf der Bundesdelegiertenkonferenz vom 15. bis 17. März 2002 diese Debatte abgeschlossen. Die PDS hat auf der 2. Tagung des 7. Parteitag in Dresden (6./7. Oktober 2001) einen Entwurf als Grundlage für die weitere Debatte beschlossen. Die SPD-Grundsatzprogrammkommission hat einen Zwischenbericht »Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm« dem Parteitag der SPD in Nürnberg (19. bis 22. November 2001) vorgelegt.

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich um unterschiedliche »Reifegrade« und Verbindlichkeiten

(Beschlossenes Programm, Entwurf und Zwischenbericht). Es geht uns um die programmatisch-politischen Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen den drei Parteien. Nicht einbezogen wird eine vergleichende Betrachtung zu den alten bzw. jeweils gültigen Programmen der Parteien bzw. zwischen Programmatik und Politik.

Bei der Gewichtung der Analyse konzentrieren wir uns auf einige Politikfelder, ohne jedoch das allgemeine Herangehen zu vernachlässigen. Wichtige Politikfelder wie die der Außen- und Sicherheitspolitik, der Europapolitik und der Geschlechtergerechtigkeit klammern wir aus.

Drei **Quellen** werden zur Grundlage des Vergleichs herangezogen:

– **Zwischenbericht. Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm. Sozialdemokratische Vorstellungen zur nachhaltigen Gestaltung der globalen Epoche, Grundsatzprogrammkommission an den Parteitag der SPD in Nürnberg, 19. bis 22. November 2001, Berlin o. J.**

– **Grün 2020. Wir denken bis übermorgen, Grundsatzprogramm, Beschluss der 18. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, 15. bis 17. März 2002. (Internetausdruck)**

– **Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus - Entwurf-, in: Pressedienst PDS, Nr. 17 vom 27. April 2001.**

Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich jeweils auf diese drei Papiere.

Zur Anlage der Dokumente

Die Programmdokumente sind unterschiedlich angelegt. Bei der SPD ist das verständlich, weil hier noch kein Programmentwurf vorliegt. Hier konzentriert sich die Grundsatzprogrammkommission auf das Verhältnis zum (gültigen) Berliner Programm, die Grundwerte und das Menschenbild sowie auf die neuen Herausforderungen. Der Text wird ergänzt durch Berichte von Arbeitsgruppen, die wichtige Aussagen vertiefen bzw. problematisieren.

Beim Vergleich der Texte von PDS und Grünen zeigen sich zwei unterschiedliche Herangehensweisen:

Erstens: Die Grünen widmen sich vorrangig den programmatischen Zielen auf den einzelnen Politikfeldern. Diese werden detailliert ausgeführt. Bei der PDS dominieren die Aussagen über die Beschaffenheit der Welt, der Gesellschaft in Europa und in Deutschland sowie über die Partei und ihre Entwicklung.

Zweitens: Die Grünen verzichten auf einen gesellschaftlichen Gegenentwurf. Sie wollen über Schlüsselprojekte die Gesellschaft modernisieren. Bei der PDS ist dies umgekehrt. Sie bleibt beim traditionell linken Anspruch,

eine andere (sozialistische) Gesellschaft zu schaffen.

Obwohl bei der SPD noch kein Programmentwurf vorliegt, geht der Trend dahin, einerseits ausführlich allgemeine Grundwerte und das Menschenbild zu formulieren und andererseits den Hauptteil auf programmatische Aussagen zu einzelnen Politikfeldern zu konzentrieren.

Grundwerte

Die SPD-Grundsatzprogrammkommission setzt einige andere Akzente als sie in den letzten Jahren in den Debatten der Partei dominierten. Sie grenzt sich von den neoliberalen Konzepten in allgemeiner Form ab: »Freiheit wurde einseitig als negative Freiheit der unbegrenzten Handlungschancen interpretiert und Gerechtigkeit auf die Verteilungsmechanismen des sich selbst überlassenen Marktes verkürzt. Solidarität geriet in den Hintergrund und wurde durch die Mechanismen allein auf Konkurrenz orientierten Gesellschaft gefährdet. Gegen diese Verkürzungen, die am Ende zu Lasten der Freiheitschancen aller gehen, setzt die Sozialdemokratie ihr Grundwerteverständnis für eine Politik der sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert.« (9) Und sie betont: »Unser Verständnis von Gerechtigkeit zielt über die Gleichheit der Startchancen hinaus auf die Gleichheit der grundlegenden Lebenschancen für alle Menschen.« (9) Solidarität wird als Bereitschaft definiert, »über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen«. Solidarität dürfe sich nicht auf den Zusammenhalt der Schwachen und Benachteiligten beschränken, sondern erfordere vor allem die Bereitschaft der Starken zur Verantwortung für die Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Die Grünen betonen ausdrücklich: »Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie«. Sie betonen ihre vielfältigen Wurzeln (linke Traditionen, wertkonservative und solche des Rechtsstaatsliberalismus). Die Frauen- und die Friedensbewegung habe das Profil der Grünen mit geprägt. Ihre Grundposition lautet: »Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. In ihrer Wechselseitigkeit öffnen diese Grundsätze den Horizont grüner Visionen.« Im Folgenden werden die Grundwerte erläutert: Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie. (7-9)

Die PDS geht von ihrem Sozialismusverständnis aus und bettet die Grundwerte dort ein. Hier liegt der große Unterschied zu den Texten der anderen Parteien: Die Grundwerte werden nicht weitgehend abstrakt formuliert, sondern in einen konkreten Geschichtsprozess gestellt. Während SPD und Grüne dem Grundmuster folgen: Wir haben bestimmte Werte und die müssen wir entsprechend neuen Herausforderungen präzisieren

oder konkretisieren bzw. anpassen, reflektiert die PDS den Geschichtsprozess: »Die Geschichte moderner Gesellschaften ist geprägt durch den Kampf sozialer Gruppen für oder gegen Emanzipation und Solidarität, für oder gegen eine prinzipielle Gleichheit des Zugangs zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften. Es ist dies der Kampf, der die Weltgeschichte der letzten zweihundert Jahre geprägt hat. Es ist ein Kampf für oder gegen die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen ... In diesem Kampf entwickeln wir unser Verständnis sozialistischer Werte.« (3) Allerdings geht die PDS in diesem Zusammenhang nicht auf die neuen Herausforderungen ein.

Gesellschaftliche Zielvorstellungen

Die SPD will Mensch und Natur nicht den Sachzwängen globaler Märkte überlassen. Völlig nebulös heißt es dazu: »Dafür wollen wir die großen Kräfte, die unser Land hat, nutzen.« Unterschiede und Gegensätze existieren in der realen Gesellschaft bei der SPD offenbar nicht, denn es geht nur um die Gemeinsamkeit in der Gesellschaft, durch die mehr Demokratie und Gerechtigkeit, mehr Lebensqualität und Wohlstand verwirklicht werden soll. Das Leitmotiv sei eine »nachhaltig sozial- und umweltverträgliche Welt«. (6)

Die Grünen verkürzen die gesellschaftliche Vision auf drei Sätze: »Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte unteilbar und universell gültig sind und in der Selbstbestimmung in Verantwortung verwirklicht werden kann. Unsere Vision ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen. Wir stärken Demokratie und verteidigen sie gegen Angriffe.« (6)

Die PDS widmet der sozialistischen Zielbestimmung sehr viel Raum und leitet dies aus den geschichtlichen Zusammenhängen ab. Einzig die PDS spricht den kapitalistischen Charakter gegenwärtiger Gesellschaften an, unterscheidet hier aber zwischen diesem Charakter und den zivilisatorischen Errungenschaften. (3) Die Erfahrungen aus den sozialen und politischen Kämpfen der Vergangenheit werden verdichtet und zu dem Ergebnis geführt: »Menschen können sich nur frei und solidarisch entwickeln, wenn sie über die dafür notwendigen Grundbedingungen des Lebens verfügen.«

Sozialismus frage danach, »welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit Verfügung über diese Güter nicht zu Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt.« (3) Weiterhin werden Grundmerkmale einer sozialistischen Gesellschaft formuliert.

Wie im Parteiprogramm wird einem »abstrakten Geschichtsfahrplan« eine Absage erteilt. Auch im Abschnitt »Unser sozialistischer Weg« grenzt sich die PDS von einer Diktatur oder von »Patentlösungen« klar

ab. Niemandem soll »ein glückbringendes System verordnet« werden.

Selbst wenn man beachtet, dass bei der SPD noch kein Programmentwurf vorliegt, deutet sich klar an: Nur die PDS strebt programmatisch eine andere Gesellschaft als Ziel an und leitet diese Zielstellung aus den realen geschichtlichen Auseinandersetzungen ab, ohne in die alten marxistisch-leninistischen Argumentationsmuster zu verfallen. Im Gegenteil, sie grenzt sich deutlich davon ab.

»Schlüsselbegriffe« und zukünftige Lebensweise

SPD und Grüne verwenden den Begriff »Nachhaltigkeit« als Schlüsselbegriff. Die Grünen formulieren: »Umweltpolitik als gesamtgesellschaftliche Politik hat mit der Nachhaltigkeit einen grünen Leitbegriff gewonnen. Nachhaltigkeit bedeutet die zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung.« (7)

Die SPD schreibt. »Nachhaltigkeit als Leitbild wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ist kein neuer Grundwert, sondern ist wesentlicher Teil einer zeitgemäßen Interpretation unserer Grundwerte insbesondere von ›Gerechtigkeit‹ und ›Solidarität‹. Die PDS verwendet den Begriff der Nachhaltigkeit zwar mehrfach, der Schlüsselbegriff lautet »Sozialismus« als Weg, Ziel und Wertesystem. Damit im Zusammenhang wird der Begriff der »Freiheitsgüter« verwandt. »Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: ›Was braucht der Mensch?‹. In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und diskriminierter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden ... Es sind die elementaren Güter, die Menschen benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.« (3) Ein Vergleich der Vorstellungen über die künftige Lebensweise der Menschen zeigt, dass es relativ ähnliche Positionen von PDS und Grünen gibt. Letztere meinen, dass Nachhaltigkeit auch die Entwicklung von Lebensstilen meint, die »Behutsamkeit und Achtung vor dem Leben zur Grundlage haben. Ökologisch reflektierte Lebensstile enthalten einen Zuwachs an Lebensqualität für alle. Nachhaltigkeit heißt Lebensqualität für heute und morgen.« Und: »Produktion und Konsumtion müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören.« (7)

Die PDS formuliert: »Notwendig ist eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft und ein neuer Typ des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Eine solche alternative Produktions- und Lebensweise bedarf einer von Entfremdung befreiten

Arbeitswelt und eines Alltags, der nicht durch Konsum als Selbstzweck, sondern durch Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, nicht durch private Nischen in einer Massengesellschaft, sondern durch Individualität und Gemeinschaftlichkeit bestimmt wird.«

Die Kämpfe der Zukunft würden in starkem Maße Kämpfe um eine neue Lebensweise sein.

Die SPD hingegen sieht im Gegensatz zur PDS und den Grünen die »Wohlstandsicherung« als ein wichtiges Ziel ihrer Politik an. Für die entsprechende Arbeitsgruppe der Programmkommission stellt sich das Problem so dar: Unbestritten sei, dass die Verallgemeinerung des derzeitigen Lebensstils in westlichen Industrieländern die Tragfähigkeit der natürlichen Systeme überfordern und die natürlichen Ressourcen erschöpfen würde. Nicht abschließend diskutiert aber sei die Frage, »inwieweit im Zeitalter nachhaltiger Entwicklung allein durch eine an Effizienzsteigerung durch technische Innovationen orientierte Strategie beim Einsatz von Ressourcen erreichbar ist oder ob und wie weit es zusätzlich einer Veränderung von Lebens- und Konsumstilen hin zu genügsameren Lebensweisen und einer größeren Bereitschaft zum Verzicht und zum solidarischen Teilen bedarf«. (67) Während die PDS und die Grünen diese Frage für entschieden halten, ist sie für die SPD offen. PDS und Grüne sehen in dieser neuen, für sie erforderlichen Lebensweise Emanzipationsgewinne, während die SPD von »genügsamen Lebensweisen« spricht.

Neue Herausforderungen

Die SPD überschreibt den Hauptinhalt ihres Papiers »Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm« mit »Neue Herausforderungen«. Hier werden sieben Punkte genannt. Sie beziehen sich auf die Gestaltung der Globalisierung, die europäische und die deutsche Einigung, die Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit, die tiefgreifende Veränderung der Bevölkerungsstruktur, die Bildungs- und Kommunikationsgesellschaft, die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie die Demokratie und Partizipation.

Die Grünen sehen den Umbau der ökonomischen und sozialen Systeme als ökologische Herausforderung. Die bisherige Wirtschaftsweise der hochindustrialisierten Gesellschaften sei nicht globalisierbar. (10) Globalisierung wird an zweiter Stelle genannt. Sie soll positiv gestaltet werden. Das Hauptproblem sei »die Kluft zwischen ökonomischer Globalisierung und der mangelnden politischen Steuerung und Einbettung dieses Prozesses«. (11) Dabei wird völlig ausgeblendet, dass der jetzt neoliberal dominierten Globalisierung auch politische Entscheidungen zu Grunde liegen. Im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September wird der

internationale Terrorismus als Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet. Die Ursachen des Hasses müssten bekämpft werden. Als weitere Herausforderungen werden genannt: Individualisierung, neue Informationstechnologien, Bio- und Gentechnologien, demografischer Wandel, Migration und die Veränderung im Geschlechterverhältnis.

Beim Programmentwurf der PDS sind die neuen Herausforderungen im II. Kapitel »Die gegenwärtige Welt« enthalten. Allerdings nimmt hier die Historie mehr Platz ein als die jetzt und in Zukunft zu bewältigenden Herausforderungen. Zwei Abschnitte widmen sich gezielt der neuen Situation: »Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien« und »die globalen sozialen Probleme«.

Auch bei der Frage nach der Bestimmung neuer Herausforderungen zeigen sich diametrale Unterschiede zwischen SPD und Grünen einerseits und PDS andererseits: Während erstere hauptsächlich Veränderungen außerhalb von Produktionsverhältnissen thematisieren, liegt der Schwerpunkt der PDS bei der Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das führt jeweils zu Defiziten: Bei SPD und Grünen in Bezug auf nur eine sehr verhaltene Kritik der bestehenden Verhältnisse und bei der PDS umgekehrt auf eine Unterschätzung struktureller Veränderungen in der Gesellschaft und daraus zu ziehenden notwendigen Veränderungen (demografischer Wandel, Migration, Individualisierung, Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen, aber auch eine gewisse Unterbewertung der Globalisierungsprozesse).

Die Globalisierung spielt als neue Herausforderung in den Programmdokumenten von SPD und Grünen eine große Rolle, während sie bei der PDS nicht im Vordergrund steht. Der Vergleich zeigt, dass es einen deutlichen Unterschied in der Bewertung der Globalisierung zwischen SPD einerseits, den Grünen und der PDS andererseits gibt. Während die Gefahr der Globalisierung, wie sie jetzt real verläuft, bei der SPD stark heruntergespielt wird, schlägt der PDS-Programmentwurf starke Töne an (»neuer Totalitarismus«). Während bei den Grünen vor allem die Gefahren mangelnder Demokratie eher allgemein beschrieben werden, sieht die PDS das Problem nur auf Seiten der Regierungen der hochentwickelten Industriestaaten des Nordens und in den Spitzen der Weltkonzerne. Innerstaatliche Demokratie werde der internationalen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet! Trotz dieser deutlich unterschiedlichen Analysen der Situation gehen die Forderungen hauptsächlich in eine ähnliche Richtung, wenn auch unterschiedlich ausformuliert und unterschiedlich in der Reichweite der Vorstellungen und Forderungen.

Einige ausgewählte Politikfelder

Alle drei Parteien wollen die **Wirtschaft** auf eine soziale und ökologische Wirtschaftsweise und auf Nachhaltigkeit orientieren. Allerdings unterscheiden sich die programmatischen Aussagen sehr stark im Hinblick darauf, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Die SPD bleibt sehr allgemein (Vorrang der Demokratie vor den Märkten) und betont mehr die Notwendigkeit, traditionelle Formen wie Mitbestimmung den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Sie sieht gerade im Bereich der Wirtschaftsdemokratie Veränderungsbedarf zum Berliner Programm. Die PDS setzt in erster Linie auf demokratische Gegenkräfte gegenüber den Wirtschaftsinteressen, auf eine Veränderung der Regulationsweise und sieht »andere Regulationsmechanismen als den Markt«, ohne diese zu definieren. Die Grünen profilieren sich vor allem als Partei der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen und nehmen detaillierte Aussagen zur Steuerpolitik vor. Während die PDS bei der Regulierung vor allem auf Gesetze und den Staat setzt, wollen die Grünen diffus mit staatlichen Mitteln arbeiten, zugleich aber den Staat zugunsten der Zivilgesellschaft zurücknehmen.

Der **Arbeitsbegriff** wird in allen drei Dokumenten ähnlich interpretiert. Die SPD bekennt sich zum umfassenden Arbeitsbegriff ihres Berliner Programms (Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliche Arbeit). Die Grünen formulieren: »Arbeit ist Erwerbsarbeit, aber Arbeit ist auch Hausarbeit, Versorgungs- und Pflegearbeit und Gemeinwesenarbeit.« Die SPD und die PDS grenzen sich deutlich von der These vom »Ende der Arbeit« ab. Alle drei Parteien heben die Bedeutung der Erwerbsarbeit hervor. Lediglich die PDS nimmt eine umfassende Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise vor: Der Profit dürfe nicht das dominante Maß für Zuteilung, Organisation und Bewertung der Arbeit bleiben. Es gebe keinen gesellschaftlichen, sondern nur einen kapitalistisch bedingten Mangel an Arbeit. Was daraus positiv folgen soll, bleibt jedoch unklar. Die PDS widmet sich auch ausführlich der Bedeutung der »Nicht-Erwerbsarbeit«. Die Reduzierung der Erwerbsarbeit erlaube es, selbstbestimmte Eigenarbeit dafür aufzuwenden, sinnvoll kombiniert mit bezahlten Dienstleistungen. »Alle Formen von Arbeit bedürfen gesellschaftlicher Anerkennung. Sie sollen freiwillig gewählt und dürfen nicht aufgezwungen werden. Sie müssen Ansprüche in den sozialen Sicherungssystemen begründen. Dazu gehört die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.« (18) Eine solche weitgehende Betrachtung, es den Individuen zu überlassen, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht und in jedem Falle ein Einkommen bzw. Grundsicherung erhalten

und auch jede Arbeit für die Altersversorgung anerkannt wird, findet sich nur bei der PDS.

Alle drei Parteien wollen die **Arbeitslosigkeit** abbauen. Allerdings ist hier das Herangehen sehr unterschiedlich. Während SPD und Grüne eher vorsichtig formulieren, wo sie die Lösungswege sehen, besteht die Lösung für die PDS darin, drei beschäftigungspolitische Ansatzpunkte zusammenzuführen: »Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit für alle, unter dieser Voraussetzung Bedeutungszuwachs und gesellschaftliche Anerkennung von Nichterwerbsarbeit bei deren angemessener sozialer Absicherung; gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit.« (17)

Die SPD lässt – angesichts des Standes der Programmdebatte – hier noch vieles offen. Sie stellt sich dem Problem der niedrig entlohnten Arbeit. Die PDS wendet sich generell gegen die Ausweitung des Niedriglohnssektors, der geringfügigen, sozial und arbeitsrechtlich prekären Beschäftigung, der Scheinselbstständigkeit und der Welt der »Job-Nomaden«, die ständig zwischen diesen Formen wechseln müssten. (17) Die SPD wiederum thematisiert das Problem der »neuen Beschäftigungsformen« und meint, dass mögliche positive Beschäftigungseffekte und Probleme von Leiharbeit und Zeitarbeitsagenturen in der Programmdebatte noch weiter debattiert werden müssten. (20) Die Grünen nennen bei der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit eine Qualifizierungsoffensive, eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die Erleichterung von Investitionen in Arbeit. Wichtig sei die systematische Senkung der hohen Lohnnebenkosten. Vor allem setzen die Grünen darauf, dass ökologisches Wirtschaften neue Arbeitsplätze schafft. Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis regenerativer Energiequellen biete mehr qualifizierte Arbeitsplätze als die extrem kapitalintensive Atomenergie. Auch der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft biete neue Arbeitsplätze für Wartung, Reparatur und Recycling. (26)

Die PDS geht ebenfalls davon aus, dass ein neuer sozial-ökologischer Entwicklungspfad viele neue Arbeitsfelder schaffe. Er könne »existenzsichernde Arbeit für alle hervorbringen«. (17)

Voraussetzung dafür sei aber die Umgestaltung der Binnenmärkte, wozu »die sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Regulierung der Weltmärkte« und die »Ausprägung regionaler Kreisläufe« gehöre.

Neben dem ökologischen Umbau sieht die PDS den »Ausbau humanorientierter Dienstleistungen« einen wichtigen Bereich für die Ausweitung von Erwerbsarbeit. Hier will sie qualifizierte Leistungsangebote im Gesundheits- und Bildungswesen, in Erziehung, Pflege und Kultur schaffen. Hier wiederholt die PDS ihre tra-

ditionelle Forderung nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst zu tariflichen Bedingungen. Gleichzeitig sollen aber mehr Dinge und Dienstleistungen in Eigenarbeit bzw. im solidarischen Engagement geschaffen werden. Das aber würde Erwerbsarbeitsplätze reduzieren. Letztlich wiederholt die PDS die traditionalistische linke Forderung nach »Erhöhung der Massenkauflkraft« zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit, obwohl sie an anderer Stelle eine nicht am Konsum orientierte Lebensweise anstrebt. Es zeigt sich hier mehrfach, dass verschiedene politische Ansätze unvermittelt nebeneinander im Programmentwurf stehen.

In der **Arbeitszeitfrage** sieht die PDS in der »erheblichen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit« – wie auch in der sozialen Absicherung von Selbständigkeit und Wechsel zwischen Phasen von Erwerbsarbeit und freiwilliger Eigenarbeit – Grundbedingungen für eine gerechtere und beschäftigungswirksamere Verteilung der Arbeit. Die SPD-Kommission meint demgegenüber, dass die Konzentration der Arbeitszeitdebatte auf die Tages- und Wochenarbeitszeit überwunden werden müsse. Die Aussage des Berliner Programms über den »sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel« sei revisionsbedürftig. Dagegen müsse über flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeit und Lebensarbeitszeit – wie auch über die »Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowohl am Beginn als auch Ende des Arbeitslebens« diskutiert werden. (83) Außerdem behalte das Recht auf Teilzeitarbeit und deren sozialer Absicherung einen hohen Stellenwert. Die SPD thematisiert auch die neuen Probleme der Vermischung von Berufs- und Privatleben, der Arbeitszeiten bei Heim- und Telearbeitsplätzen sowie von mobilen Tätigkeiten.

Die SPD formuliert im Hinblick auf die **Demokratie**, wie im Berliner Programm, dass Staat und Wirtschaft für die Menschen da sind und nicht umgekehrt. Sie hebt hervor, dass zu den Grundbedürfnissen auch das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz vor Verbrechen und Gewalt zähle. Und sie sieht einen engen Zusammenhang von Freiheitsrechten und sozialen Grundrechten. Die Grünen sehen als zentrale Ziele: gesellschaftlicher Pluralismus, die Ausgestaltung der multikulturellen Demokratie, die Stärkung des Rechtsstaatsliberalismus, der Ausbau der Bürgerbeteiligung, die Reform der demokratischen Institutionen sowie die Neugestaltung der föderalen Strukturen. (62) Bürgerrechte und demokratische Teilhabe sind für die Grünen Grundorientierungen ihrer Politik. Eine spezifische Aussage der Grünen lautet hierbei, dass eine Politik auf Kosten zukünftiger Generationen auch unter demokratischen Gesichtspunkten nicht in Ordnung sei. Sie widmen sich

ausführlich den Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaat (Globalisierung, Mediengesellschaft, Informationstechnologien, internationaler Terrorismus).

Die PDS legt ein eindeutiges Bekenntnis zu den individuellen Grundrechten, zu freien Wahlen, zur parlamentarischen Demokratie, politischen Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ab. »Wir verteidigen heute und in Zukunft solche demokratischen Institutionen als elementare Bedingungen jeder Freiheit.« (13) Und weiter heißt es zugespitzt: »Niemals werden wir die individuelle politische Freiheit als Grundlage aller Freiheit gering schätzen.« Im Unterschied zu den anderen Parteien sieht sie in der »entfesselten Macht großer Konzerne und Finanzorganisationen sowie in der globalen Deregulierung« eine Gefährdung von Demokratie, Parlamentarismus und der Verwirklichung der Menschenrechte. Die PDS sieht einen »zentralen Charakterzug zukünftiger Gesellschaften« darin, die Menschen zu ermutigen, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, sich »selbstbewusst an der Diskussion gesellschaftlicher Fragen zu beteiligen und über sie zu entscheiden sowie solidarisch einzugreifen, wenn Menschenrechte bedroht sind.« (13)

Als einzige Partei kritisiert die PDS die anhaltende Benachteiligung Ostdeutscher im Zusammenhang mit dem Demokratieproblem. Diese Benachteiligung sei eine »ernste Gefahr für die demokratische Verfasstheit unseres Landes«.

Den Zusammenhang von Staatsaufgaben und Zivilgesellschaft sehen die Parteien ähnlich. Nach Auffassung der SPD orientiert sich staatliches Handeln an den gesellschaftlichen Kräften. »Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern Instrument zur Gestaltung der Gesellschaft.« (22) Und: »Politik ist nicht Vollzug vermeintlicher Sachzwänge, sondern die Durchsetzung des Vorrangs des demokratischen und sozialen Rechtsstaates.« (22) Die Zivilgesellschaft sei Teil der demokratischen Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen. Wo immer möglich, habe die Selbstorganisation der Bürger in Initiativen, Vereinen und Vereinigungen Vorrang. Überall dort, wo Einzelne oder Gruppen die Voraussetzungen nicht erfüllten und die Ziele des Gemeinwohls auf andere Weise nicht erreicht werden könnten, sei der Staat gefordert.

Die Grünen schreiben: »Der Staat, wie wir ihn wollen, ist nicht Gegenspieler, sondern Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Wir wollen einen Staat, der nicht repressiv ist, sondern stark genug, sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch zurückzunehmen.«

Die PDS formuliert grundsätzlich: »Unsere Vorstellung von der künftigen Rolle des Staates ist die eines entbürokratisierten und von einer selbstbestimmten Zivilgesellschaft geprägten Staates.« (13) Sie betont vor allem die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat.

Auch bei der Stärkung der Elemente der direkten

Demokratie sind die Forderungen der Parteien ähnlich, allerdings unterschiedlich akzentuiert. SPD und Grüne wollen die parlamentarische, repräsentative Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie »ergänzen«, während die PDS beide Elemente »verbinden« will.

An die **Ökologie-Frage** gehen die Parteien ähnlich heran. Der Lebensstil in den westlichen Industrieländern wird in allen drei Papieren infrage gestellt. Der Zwischenbericht der SPD-Kommission stellt den Nachhaltigkeitsbegriff ins Zentrum, will ihn aber nicht nur ökologisch verstanden wissen. Auch die Grünen wollen »das Leitbild der Nachhaltigkeit zum Maßstab unserer Lebens- und Wirtschaftsweise machen«. »Das Wirtschaftswachstum alten Typs, das an einem wachsenden Naturverbrauch gekoppelt ist, ist nicht zukunftstauglich.« (17) Die Arbeiterbewegung habe einen sozialen Ordnungsrahmen für den Markt durchgesetzt. Heute bestehe die Aufgabe darin, einen ökologischen Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft zu installieren. Die Grünen verweisen auf drei Zusammenhänge: Ökologie und Gerechtigkeit, Ökologie und Selbstbestimmung sowie von Ökologie und Demokratie. (16)

Die PDS geht ebenfalls von der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung aus, verbindet dies aber u.a. mit der Überwindung der Profitdominanz. Es gehe um nicht weniger als um die »Gestaltung der Revolution im Verhältnis des Menschen zur Natur«. Die PDS spitzt weiter zu: »Wir wollen jene Eigentumsverhältnisse und Machtstrukturen, die einem sozial-ökologischen Wandel entgegenstehen, schrittweise verändern und schließlich überwinden«.

In der **Sozialpolitik** zeigen sich schon beim grundlegenden Herangehen deutliche Unterschiede. Der SPD geht es darum, »unsere Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Wirtschaft zu erhalten, ohne sozialen Zusammenhalt und inneren Frieden zu gefährden«. (58) Die Grünen gehen davon aus, dass die Globalisierung die Wirtschaft verändere und die Arbeitswelt umgestalte. Es gebe auch Chancen, aber sie verlangten auch eine hohe räumliche und soziale Veränderungsbereitschaft der Menschen. (35) Die PDS will demgegenüber den sozialen Zusammenhalt »gegen seine Erosion durch die neoliberale Ausrichtung der Globalisierung« verteidigen. (21) Sie lehnt eine Politik ab, die »die Angst um den ›Standort Deutschland‹ oder die ›Festung Europa‹ in Zustimmung als Instrument der Leistungserpressung und der Rücknahme sozialer Sicherung verwandeln will«. (21) Wir haben es hier mit einem gegensätzlichen Herangehen zu tun. Während SPD und Grüne von einem Veränderungsdruck durch die Globalisierung ausgehen, sieht die PDS schon darin eine Politik der Leistungserpressung und des Sozialabbaus. Aber auch

die SPD-Arbeitsgruppe formuliert: »Auch der deutsche Sozialstaat gerät nicht allein aus Gründen der Globalisierung unter Druck, sondern in erster Linie aufgrund von Faktoren, die vor allem in zu geringen Wachstumsraten, im Wandel des Altersaufbaus sowie in der strukturellen Arbeitslosigkeit liegen.« (61)

Überhaupt gibt es bei der Frage der neuen Herausforderungen für die Sozialpolitik einen gravierenden Unterschied: SPD und Grüne widmen sich ausführlich diesen neuen Herausforderungen und entwickeln daraus neue Anforderungen an die Sozialpolitik. Die PDS setzt sich a priori für eine Erneuerung der Sozialpolitik ein. Die SPD dagegen sieht eine Reihe neuer Voraussetzungen für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts: die Folgen der »internationalisierten Wirtschaftskultur«, den strukturellen Wandel der deutschen Bevölkerung, die daraus entstehenden neuen Steuerungserfordernisse für die sozialstaatliche Entwicklung und Sicherung sowie die Auflösung verbindlicher Biographiemuster und Lebensformen. Auch die Grünen thematisieren Veränderungen wie den Altersaufbau der Bevölkerung, die Migration (Integrationsfragen), die zunehmende Individualisierung und die damit verbundene Auflösung traditioneller Bindungen in Familien usw. Ihre Schlussfolgerung: »Der Sozialstaat muss der Vielfalt der Lebensformen und Risikolagen gerecht werden.« (35)

Bei den **Sozialstaatsvorstellungen** gehen die Auffassungen ebenfalls weit auseinander. Die SPD schreibt »Der Sozialstaat hat die Aufgabe, existenzsichernde Risiken und individuelle Notlagen (z.B. Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit) durch gezielte Hilfe aufzufangen. Eine Mitverantwortung der Empfänger solcher Hilfen bei der Überwindung von Notlagen kann erwartet werden, beispielsweise bei der Aufnahme von Erwerbstätigkeit auch in geringem Umfang im Fall von Arbeitslosigkeit.« (65) Die PDS nimmt die umgekehrte Position ein: hohe Sozialleistungen (Grundsicherung) sollen vor der Aufnahme einer schlechtbezahlten Arbeit schützen. Die Leitidee für die SPD hingegen für soziale Reformen »ist der aktivierende Staat, der auf eine neue Balance aus Rechten und Pflichten, aus Fördern und Fordern setzt«. Die SPD will hier einen »neuen Mix der wechselseitigen Ergänzung und Unterstützung von Staat, Markt und Selbsthilfe«. (65) Die PDS geht auf solche Dinge nicht ein bzw. lehnt sie ab. Für sie steht vielmehr der Begriff der »sozialen Sicherheit« im Mittelpunkt.

Die Grünen thematisieren u.a. das Problem von Sozialpolitik und Gerechtigkeit. »Unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit gehen weiter als die klassische Umverteilungspolitik. Vorrangiges Ziel grüner Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern.« (34) Sie verwenden den Begriff der Teil-

habegerechtigkeit und meinen, dass soziale Gerechtigkeit »nicht länger allein als Ausgleich zwischen oben und unten begriffen werden« könne. (Das nahezu im diametralen Gegensatz zur PDS, die das eindeutig in den Mittelpunkt stellt.) Hier thematisieren die Grünen die Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, zwischen Alten und Jungen. Eigeninitiative und Eigenvorsorge spielen nur bei SPD und Grünen eine Rolle.

Für die PDS und die Grünen ist die **Grundsicherung** zentral. Bei den Grünen ist das ein »Schlüsselprojekt«. Hier heißt es u.a.: »Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung stellt sicher, dass Menschen unbürokratische Hilfe bei Armut, bei Arbeitslosigkeit, in anderen Notlagen oder beim Wechsel zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und Weiterbildung bekommen können. Die Grundsicherung ersetzt die Sozial- und Arbeitslosenhilfe – sie zu bekommen ist ein Recht und kein Almosen. Die Grundsicherung wird weitgehend pauschalisiert gezahlt ... Die Grundsicherung ist steuerfinanziert und wird die Kommunen finanziell entlasten.« (36) Die PDS sieht die bedarfsorientierte Grundsicherung als ein Element der Weiterentwicklung und Ergänzung der Sozialversicherung. »Sie soll zunächst für alle gelten, die ihre Existenz nicht durch eigene Erwerbsarbeit sichern können.« (21) Sie soll aber später sogar zu einem »Bürgerrecht aller« ausgeweitet werden, »zunächst für eine festzulegende Anzahl von Jahren im Verhältnis zu den Erwerbsarbeitsjahren«. Die PDS meint aber, durch die Ausweitung der Beitragspflicht und Leistungsanrechnungen auf alle (Selbständige, Politiker, Beamte, Freischaffende) und bei der Krankenversicherung auf alle Einkommensarten, die Bemessung der Unternehmerbeiträge nach der Wertschöpfung und die Veränderungen in der Beschäftigungs-, Steuer- und Haushaltspolitik könnten zusammen die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (über die Grundsicherung hinaus – H.D.) finanzieren. Die SPD hingegen verfolgt offenbar das Projekt der bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung nicht mehr. Im Bericht der Kommission heißt es lediglich, dass die Verhinderung von Armut durch »eine ausreichende einkommensabhängige Grundsicherung« ein »soziales Bürgerrecht« sei. (18) Zur Grundsicherung bleibt festzuhalten, dass die Vorstellungen bei der PDS weit über die von der SPD, aber auch den Grünen hinausgehen, weil sie perspektivisch für alle gedacht ist, die nicht erwerbstätig sein wollen. Die Finanzierungsvorschläge dafür, zumal bei einer Abkehr von der Weltmarktorientierung und hin zu einer Kreislaufwirtschaft, sind jedoch nicht überzeugend.

In den Fragen der **Bildung, Wissenschaft und Forschung** gibt es zunächst einen deutlichen Unterschied im Herangehen von SPD und PDS: Die SPD widmet sich den strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft und den Herausforderungen für die Politik. Die PDS thematisiert in erster Linie die Veränderungen in den Kapitalverhältnissen. Im Folgenden liegen die Aussagen nicht soweit auseinander. Die SPD spricht sich für die Gewährleistung des Zugangs aller – unabhängig von Einkommen und Herkunft – zu Wissen und Informationen und den neuen Medien aus. Die Politik müsse auch »solche Angebote garantieren, die der Markt nicht zur Verfügung stellt«. (19) Sie grenzt sich davon ab, dass die beispiellosen Chancen der Informations- und Wissensgesellschaft durch »den Automatismus der Märkte geschaffen« würden; aktive politische Gestaltung sei nötig. Bei den Grünen sind die kritischen Akzente stärker als bei der SPD ausgeprägt: »Es ist ein verheerendes Attest für unser Bildungssystem, dass es wie kaum ein anderes in den industrialisierten Ländern soziale Ungleichheit verstärkt.« (49) Da heute in noch nie da gewesenen Umfang und Tempo gesellschaftlich folgewirksames Wissen von Unternehmen erzeugt, finanziert und vermarktet wird, müsse Politik gewährleisten, dass das Wissen für alle zugänglich bleibe. Die Grünen thematisieren auch die »wachsende Wissens- und Wohlstandskluft zwischen den forschungstarken, informationstechnologisch hochgerüsteten Gesellschaften und den verarmten Regionen an der Peripherie der globalen Wissensgesellschaft«. (50).

Für die PDS rückt die neue Revolution der Produktivkräfte »kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenzen und Ideenfindungen an die erste Stelle«. (19) Sie kritisiert, dass die Menschen darauf nicht vorbereitet würden. Es fehlten die sozialen Strukturen und die individuellen Fähigkeiten, um dies in wirklichen Freiheitsgewinn und nicht allein in puren Konsum und Produkte der neuen Freizeitindustrien umzusetzen. Noch deutlicher als SPD und Grüne stellt sie fest, dass die Gesellschaft sich gegenwärtig national und global zunehmend spalte in jene, die über die Kompetenzen zur Beherrschung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verfügen, und jene, die davon ausgeschlossen sind. Die zentrale Schlussfolgerung lautet – wie in anderen Abschnitten des Programmentwurfs – : »Wir wollen die zu Grunde liegenden Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend verändern und diese Spaltung überwinden.« (19)